

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/10
15. Januar 1973

Die Entscheidung des Richard Milhous Nixon

Hoffnung auf ein Ende des Krieges in Vietnam
Seite 1 / 39 Zeilen

Wichtiger Hebel zur Friedenssicherung

Die weltpolitische Verantwortung des Europa
der Neun

Von Walter Behrendt MdB
Präsident des Europäischen Parlaments
Seite 2 und 3 / 63 Zeilen

Mehr Geld für den Rundfunk ?

Nötig ist die Versachlichung der Diskussion
Von Heinz Ruhbau
Senator für Inneres in Hamburg
Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 646 / 686 847/
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Entscheidung des Richard Milhous Nixon

Hoffnung auf ein Ende des Krieges in Vietnam

Die Welt blickt voller unruhiger und besorgter Spannung nach Washington. Richard Milhous Nixon, der am kommenden Wochenende mit großem Pomp in seine zweite Amtsperiode als US-Präsident eingeführt wird, hat nach den letzten, rund 35stündigen Gesprächen zwischen seinem Berater Henry Kissinger und dem nordvietnamesischen Delegationsleiter Le Duc Tho die Entscheidung in der Hand, ob dem unseligen Vietnamkrieg endlich ein Ende bereitet wird oder ob das Bomben und Schießen, dem auch Abertausende von Zivilisten zum Opfer gefallen sind, weitergehen muß.

Diese Entscheidung, über deren historisches Ausmaß und deren allseits einzukalkulierende mögliche Folgen sich bei keinem Beobachter Irrtümer einschleichen sollten, wird dem US-Präsidenten nicht leicht fallen, wenn man sich etwa des Ausgangspunktes dieses furchtbaren Krieges erinnert. Aber daß dieser Krieg, dessen immer wieder aufgepeitschte politische und moralische Wellen jetzt härter auch an unsere Ufer schlagen, ein Ende finden muß, darüber kann es keinen Disput mehr geben. Das unsägliche menschliche Leid von Kindern, Frauen und Männern ist zu einer unüberhörbaren und ständigen Anklage gegen alle aktiv Beteiligten geworden, wo immer sie auch stehen mögen.

Hier in knappen Zügen angedeutete Überlegungen haben in zahlreichen Beratungen, Gesprächen und Reden der letzten Tage eine maßgebende Rolle gespielt. Daß dabei auch Emotionen lauter und deutlicher werden, das sollte niemanden wundern und ihn schon gar nicht veranlassen, sich dann in parteiliche Kleinkariertheit und Besserwisserei zu verrennen, wenn diese Emotionen sich in Massendemonstrationen entladen.

Die Manifestation des Mitfühlens und Mitleidens ist keine Einmischung in anderer Leute Bereiche, ob dort nun Bomben fallen, MG-Salven rattern oder Minen explodieren. Wenn wir für den Frieden eintreten und ihn mit allen denkbaren Mitteln sichern und stärken wollen, dann darf dieser Friede sich nicht auf das zentrale Europa oder auf diesen Kontinent allein beschränken. Die Welt ist so klein geworden, daß es unser aller Aufgabe und Pflicht ist, sie zur befriedeten Wohnstatt jedes Menschen werden zu lassen, der ein ihm von niemandem zu beschränkendes Recht auf sein Leben hat.

(ec/15.1.1973/bgy/ee)

Wichtiger Hebel zur Friedenssicherung

Die weltpolitische Verantwortung des Europa der Neun

Von Walter Behrendt MdB

Präsident des Europäischen Parlament

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft warf von Anfang an das Problem der atlantischen Beziehungen auf. Die Selbstverständlichkeit, von der die Väter der Integration angesichts der politischen Unterstützung durch die USA in den 50er Jahren geträumt haben mochten, war bald dahin. Zu Beginn der 60er Jahre konnte man z.B. aus Paris hören, die Gemeinschaft werde sich wie ein Stück Zucker im Atlantik auflösen, wenn ihr erst einmal durch die Erweiterung der Stempel einer Freihandelszone aufgedrückt werde. London flüchtete sich darauf hin in Nassau, das sonst nur Ferienreisenden bekannt ist, vorübergehend in die privilegierte Zusammenarbeit mit Washington.

Doch dies ist lange her, und es lohnt heute fast nur noch, an einsamen Kaminabenden derartigen Erinnerungen nachzugehen. Die Probleme von 1973 sind anderer Natur. Sie sind jedenfalls nüchterner, fast möchte man sagen, es besteht die Gefahr, daß sie zu nüchtern werden.

Zunächst ist die erweiterte Gemeinschaft heute eine Realität. Die Engländer haben sich bisher nicht als das Trojanische Pferd der USA entpuppt als das sie einmal hingestellt wurden. Man kann sogar noch weitergehen und sagen, daß sehr gute Chancen bestehen, daß Großbritannien in kurzer Zeit mit den dynamischsten Kräften innerhalb der weiterten Gemeinschaft gehören wird.

Des weiteren hat sich die Lage in Europa und der Welt geändert. In Europa ist ein Gespräch in Gang gekommen zunächst über den Themenkreis der Entspannung, aber im Zusammenhang damit auch über den weiten Bereich der Kooperation. Und dieser Kontakt findet nicht mehr allein zwischen den beiden Supermächten statt, sondern stärker auch zusätzlich zwischen den kleineren europäischen Staaten. Man kann sagen, zwischen den unmittelbar Betroffenen. Entspannung und friedliche Kooperation, die große Hoff-

nung der Menschheit, sind damit nicht mehr allein Tagesordnungspunkte des bilateralen Kontaktes der Nuklearmächte.

In Verbindung damit zeigt sich immer mehr, daß die Europäische Gemeinschaft kein Relikt des Kalten Krieges ist, das man eigentlich nicht mehr vorzeigen sollte, sondern das vielmehr in dieser Vereinigung im Ansatz ein wichtiger Hebel zur Friedenssicherung in Europa liegt. Diese Erkenntnis mag sich noch nicht bei allen durchgesetzt haben, und zuweilen kann man den Eindruck erhalten, es gebe noch einige, die mit bloßer Kooperation eine dauerhaft gesicherte europäische Staatenharmonie erreichen wollen. Aber das Europa von morgen wird man nicht mit dem Taktstock von gestern oder von vorgestern à la Bismarck - dirigieren können.

Was bedeutet das für die Beziehungen zu den USA? Einmal, daß sie nicht in den technischen Schwierigkeiten aktueller Probleme des Währungsausgleichs und der nächsten Runde stecken bleiben sollen. Das sind wichtige Fragen. Gewiß, aber es sind nicht letztlich entscheidende Fragen. Europa soll durch die Gemeinschaft zu seiner eigenen Identität finden. So lautet das letzte Modewort. Ein schönes Wort, das leicht ins Ohr geht. Jedoch was heißt Identität? Kann es heißen Abgrenzung um jeden Preis? Würde dies nicht zu Verspanntheit, zu Verklemmung und zu anderen Haltungen der Irrationalität führen? Oder definiert sich Identität nicht vielmehr aus einem gleichsam entspannten Selbstbewußtsein, das allein in die Lage versetzt, Probleme auf ihren rationalen Kern zurückzuführen?

Wir scheint es, die erweiterte Gemeinschaft, die schon in diesem Jahr mit erheblich verstärkter außenpolitischer Verantwortung konfrontiert wird, bedarf ganz deutlich der Identität des zweitgenannten Sinnes. Gerade die Beziehungen zu den USA werden ein Prüfstand dafür sein, ob die Gemeinschaft diese wichtige Qualität gewinnen wird. Zuviel steht auf dem Spiel: Sicherheit, Wohlstand durch vermehrten Welthandel und ausgeglichene Währungsvereinbarungen, Entspannung und Kooperation, nicht zuletzt die Verantwortung für die Dritte Welt.

Die erweiterte Gemeinschaft wird in diesen Fragen mit sehr viel deutlicherer Stimme sprechen als bisher. Es wird zu beobachten sein, was sie zu sagen hat. (-/15.1.1973/bgy/ex)

Mehr Geld für den Rundfunk ?

Nötig ist die Versachlichung der Diskussion

Von Heinz Ruhnau

Senator für Inneres in Hamburg

"Und vielleicht ist die neue Gebühren-Debatte auch Anlaß, endlich über eine freie Sendeanstalt nachzudenken. Es ist nicht nur Geld, was dem Deutschen Fernsehen fehlt."

Diese beiden Sätze lesen wir in der "Welt am Sonntag" vom 7. Januar 1973. Sie zeigen - ähnlich wie verschiedene Äußerungen von dritter Seite auch -, in welche Richtung die jetzt in Gang gekommene Debatte über die Gebührenerhöhung beim Rundfunk gehen kann.

Um es vorweg zu sagen: Ich bin für eine vernünftige Erhöhung der Gebühren. Wenn wir das unabhängige, öffentlich finanzierte und damit legitim öffentlich kontrollierte Rundfunkwesen (Hörfunk und Fernsehen) in der Bundesrepublik Deutschland erhalten wollen, dann müssen wir es mit den finanziellen Möglichkeiten ausstatten, die es allein in die Lage versetzen, unabhängig und dynamisch zu bleiben. Die ersten Stellungnahmen auf die Forderung der Intendanten der ARD, statt DM 8,50 zukünftig DM 12,00 zu kassieren, zeigen, daß ein verwirrendes Karussell von Argumenten und Gegenargumenten nunmehr in Bewegung gekommen ist.

Ich glaube, daß es das Vernünftigste wäre, man würde eine unabhängige Gutachterkommission berufen und diese einen Vorschlag für die Gebührenerhöhung des öffentlichen Rundfunkwesens in der Bundesrepublik machen lassen.

Es wäre gut, wenn wir auf diese Weise bald einen beurteilungsfähigen Vorschlag auf dem Tisch hätten, anstatt das Problem zu

zerreden. Denn alle, die sich bisher zu Wort gemeldet hatten, sind mehr oder weniger Interessenten. So werden die Probleme der Rundfunkanstalten nicht gelöst werden können. Vielmehr droht eine weitere Gefahr, nämlich die der Ausdehnung der Werbezeiten. Auf den ersten Blick scheint sie sogar vielen als die geeignete Lösungsmöglichkeit. Dennoch muß man dieser Versuchung widerstehen.

Im ZDF werden schon heute fast 50 vH. der entstehenden Kosten durch Werbung finanziert; in den ARD-Anstalten liegt die Quote bei 35 vH. Sollten wir eines Tages dazu kommen, daß mehr als 50 vH. oder sogar 60 vH. der Kosten durch Werbe-Einnahmen finanziert werden, dann wird man sich die Frage gefallen lassen müssen, ob nicht bei einer solchen Finanzierungsart eine Privatisierung des Rundfunks logischer sei.

Um auf den Beginn zurückzukommen: An dieser Stelle zeigt sich dann auch, wohin die Reise gehen kann. Deshalb darf man den Sirenenklängen nicht nachgehen. Wer sich auf den Weg der ständigen Erhöhung der Werbezeiten in der öffentlichen Rundfunkanstalten begibt, der setzt in der Tat das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem aufs Spiel. Es wäre wünschenswert, wenn die Ministerpräsidenten nicht nur in der Öffentlichkeit erklärten, daß sie dies nicht wollten, sondern schnell etwas zur Versachlichung und Objektivierung der Diskussion täten.

(-/15.1.1973/ks/ex)